

4./I. 1918.

134

4

Erklärung Hertlings im Hauptauschuß.

Wie der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Hauptauschusses mitteilte, hat die russische Regierung eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vorgeschlagen. Staatssekretär v. Kühlmann ist beauftragt worden, diesen Vorschlag abzulehnen. Weiter ist aus Petersburg erklärt worden, daß Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge, die sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmungen beziehen, nicht angenommen werden können. Dazu bemerkte der Reichskanzler, wir können getrost abwarten wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird, wir stützen uns auf unsere Machtstellung, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht (Lebhaftes Bravo). Außerdem erklärte der Reichskanzler, daß wir mit den in Brest-Litowsk eingetroffenen Bevollmächtigten der Ukraine weiter verhandeln würden.

Im Anschluß an diese Ausführungen ergriff der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling das Wort zu folgender Erklärung:

Der Herr Redner hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schlusse meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß das, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.

Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgesprochen lassen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorschreiben zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiter führen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen, — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Machenschaften der Entente, Mißtrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden.

Ich habe daher den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo!) Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln.

Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. (Bravo!) Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stützen uns auf unsere Machtstellung, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo!)